

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

eine Stadt mit zu regieren, die unter einer Art Zwangsverwaltung steht, weil sie ihre Schulden nicht mehr bändigen kann, ist nicht gerade angenehm. Da muss eine regierende Mehrheit auch schmerzhaft, unpopuläre Beschlüsse fassen.

Dass uns die finanzielle „Verteilungsmasse“ fehlte, haben wir bei Eintritt in die Koalition gewusst. Mitte September prognostizierte uns Stadtkämmerer Christoph Tesche ein Defizit von 31 Millionen. Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs im Dezember waren es bereits 50 Millionen Euro, die uns fehlten. Am Ende spitzte sich die Haushaltslage zu. Heute kalkulieren wir mit einem Minus von fast 70 Millionen Euro. Die Ausgangslage war seit diesem Zeitpunkt klar. Aus eigener Kraft wird sich die Stadt aus dem Haushaltsloch, in dem sie steckt, nicht befreien können. Sollten wir nun sagen: So lange die Kassen leer sind, übernehmen wir nirgends mehr Verantwortung? Das ist nicht unsere Art. Wir sind dem Bündnis beigetreten als verlässlicher Partner, der sich der gemeinsamen Verantwortung stellen will.

Die Finanzkrise in unserer Stadt, meine Damen und Herren - das wissen wir alle - ist nicht hausgemacht, sie ist strukturell bedingt. Bund und Land haben die Kommunen, wie auch unsere Stadt, finanziell im Stich gelassen. Die Folge: Einbrüche bei der Einkommensteuer und die stetig steigenden Soziallasten. Dazu kommen die Kosten im Bereich der Kinderbetreuung. Der Ausbau im Bereich U 3 ist richtig und wird von uns begrüßt,

aber jeder Platz wird aktuell mit 50 % aus dem städtischen Haushalt bezuschusst. Das macht in der Summe ca. 10 Millionen Euro. Ähnlich ungerecht ist die Kostenverteilung auch im Bereich des Offenen Ganztages in den Grundschulen. Bei der Hartz-IV-Reform erlebten wir statt stärkerer Entlastung genau das Gegenteil. Das gilt ebenso für den Bereich der Pflegekosten, die dramatisch steigen und die Stadt immer mehr belasten.

Das Land hat in den vergangenen Jahren massiv zu Lasten der Städte gespart oder Lasten ohne entsprechenden Ausgleich verschoben. Es hat den Anteil der Kommunen an der Grunderwerbsteuer gestrichen. Dafür beteiligte das Land aber die Städte und Gemeinden doppelt so hoch an den Krankenhausinvestitionen und es leitete die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes nicht an die Kommunen durch. Auch der Bund trägt durch ständige Reduzierung der Einnahmen und Verlagerung von Lasten enormen Anteil an der finanziellen Misere der Städte und Gemeinden. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erhöht die Steuerausfälle um weitere 8 Milliarden Euro. Die Situation wird darüber hinaus durch kommende Entscheidungen im Bund weiter verschärft werden. Um die Unternehmen zu entlasten, will die Bundesregierung die heutige Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Städte an der Einkommens- und Mehrwertsteuer ersetzen. Das würde zu jährlichen Steuerausfällen von fünf Milliarden Euro führen.

Bei diesen schlechten Rahmenbedingungen und im Zeichen einer dramatischen Haushaltslage führten wir mit unseren Partnern von CDU und FDP die Haushaltsberatungen durch. Wir haben uns bei den Beratungen vorgenommen, auch unter schwierigsten Bedingungen Verantwortung für

unsere Stadt zu übernehmen - aber auch um zugleich positive Akzente für die Entwicklung unserer Stadt zu setzen. Das Paket, auf das wir uns geeinigt haben und heute mit ihnen beschließen wollen ist

eine ausgewogene Mischung aus vernünftigen Effizienzsteigerungen, moderaten Anhebungen von Gebühren und ein Verzicht auf nur wenige bestimmte Leistungen. Unsere Konsolidierungsmaßnahmen verfolgen dabei einzig und allein das Ziel, die bilanzielle Überschuldung unserer Stadt so lange wie möglich hinauszuzögern, um zumindest ein kleines Maß an Gestaltungsspielraum für uns zu erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen mussten wir auch unpopuläre Entscheidungen durchführen. Nämlich die Schließung der Verwaltungsstelle Süd und des Fritz-Husemann-Hauses. Sie können mir glauben, meine Damen und Herren, dass das für uns – für Annäherung an die Wirklichkeit war.

Die inszenierten Proteste und das Geschrei von „Sozialabbau“, „Gnadenloser Widerstand“, „Süd am Abgrund“, „Angriff auf die Südstadt“ auf die Schließungspläne zeigen einzig und allein, dass viele von ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Politik bis heute verstanden haben als Verteilung von Wohltaten. Es ist verdienstvoll, das wissen wir Grünen nur zu genau, immer für die gute Sache zu sein, aber auch bequem, weil man jene Grauzonen meiden kann, aus denen Politik nun mal ebenso besteht. Nur weiter um Prinzipien zu kämpfen wäre in der derzeitigen Situation borniert. Ebenso sich nur auf die bloße Ablehnung von Sparvorschlägen zu beschränken, wie die Linke es tut, ist nicht glaubwürdig und auch nicht realitätsnah. Sie erwarten von der Realität, dass

sie sich nach ihren Wünschen richtet. Wenn das nicht passiert, sind die handelnden Akteure schuld.

Verzicht heißt auch Anforderungen an Fantasie frei zu machen. Wir haben mit dem Sparpaket Zuwendungen und Zumutungen gerecht verteilt. Dabei haben wir den kompletten Sozialbereich, die Bildung, den Sport und die Unterstützung von Vereinen in der Stadt aus unseren Konsolidierungsplänen herausgehalten. Unberührt bleiben darüber hinaus die Bäderstruktur und die Stadtbücherei in Süd. Zudem wird es kein Stellenabbau im Bereich der städtischen Kindertagesstätten geben. Damit sind wir – meine Damen und Herren - mehr als bemüht, wichtige Strukturen in unserer Stadt zu erhalten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu Süd sagen. Unsere Absicht und Hoffnung ist, die gesellschaftliche Realität der Südstadt in Zukunft ändern zu können. Das ist ein langer Weg. Daran wollen wir arbeiten und das ist uns wichtig! Denn die Südstadt vereint überdurchschnittlich viele ältere, ärmere und bildungsferne Bürger. Diese demografischen Probleme in Süd, das ist für uns die Herausforderung und zugleich die Herausforderung für die Stadt. Deshalb lassen wir auch sechs Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst vor Ort, ebenso wie die Sozialberatung, die Jugendberufshilfe, die Schulmüdenberatung und das Stadtteilbüro. Die Aufrechterhaltung dieses Bereiches ist mir wichtiger, als der Erhalt einer nicht systemrelevanten Einrichtung wie die Verwaltungsstelle Süd. Denn unsere Sorge gilt den Menschen, um sie wollen wir uns kümmern.

Wir wollen bis zum Jahr 2015 gut 7,5 Millionen Euro weniger Geld ausgeben. Damit signalisieren

wir auch gegenüber der Bezirksregierung in Münster den Sparwillen unserer Stadt und erhalten zugleich Fördergelder für wichtige Investitionen, die wir auch in Zukunft vornehmen wollen.

Unsere Anstrengungen können sich im Vergleich mit anderen Haushaltssicherungsgemeinden sehen lassen, zeigen sie doch, dass wir nicht tatenlos bleiben. Wir wollen unsere Stadt trotz allem weiter nach vorne bringen und mit den öffentlichen Mitteln weiterhin verantwortungsbewusst umgehen. Im Bereich Kinder, Jugend, Familie bauen wir die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren weiter aus. Wir unterstützen weiterhin die Sprachförderung für Kinder und Eltern. Wir wollen ortsnahe Grundschulstandorte sichern und Ganztagsangebote für alle Standorte schaffen, sowie die Mittagsverpflegung garantieren.

Mit der Bildungsvereinbarung Ausbildungsgarantie tragen wir dazu bei, dass in Zukunft möglichst viele Hauptschüler zuverlässig eine Lehrstelle finden. Das Kommunale Bildungsbüro ist dabei eine wichtige Säule, Projekte zur Motivation schwieriger Schüler zu initiieren und zu begleiten. Mit der Integrationsvereinbarung zeigen wir praktische Wege auf, wie das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen konfliktfreier gestaltet werden kann. Sie sorgt für Transparenz und gegenseitigem Vertrauen. Mit dieser Vereinbarung wollen wir die Lebens-, Bildungs- und Berufschancen vor allem der jungen Generation entscheidend verbessern und wir können damit den sozialen Sprengstoff der kommenden Jahre entschärfen. Die Vereinbarung bietet zugleich den Rahmen für die „Integrationsoffensive“ unserer Koalition. Ein „Sozialabbau“, meine Damen und Herren, wie Sie ihn beschreiben, sieht wahrlich anders aus!

Im Bereich der Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Sicherung der Infrastruktur steuern wir auf einen guten Weg zu. Das Neubaugebiet Paulusanger ist ein Beispiel für ein ehrgeiziges Konzept, für ein echtes Zukunftsquartier, dass unsere Innenstadtentwicklung aufwerten wird. Das Projekt „Am Talbogen „ Maybacher-Heide“ und besonders das „Handlungskonzept Altstadt“ sind weitere Bausteine zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. In einem Masterplan Stadtentwicklung wollen wir integrierte stadtteilbezogene Handlungskonzepte erstellen. Recklinghausen fördert damit kreative Laboratorien und Freiräume.

Es gehört zu unseren zentralen Visionen, allen Kindern unabhängig von dem sozialen Status ihrer Eltern, Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Wir werden an der Kultur darum nicht sparen. Erst recht nicht in der Krise. Der Haushalt lässt sich nicht über die Kultur sanieren. Die Kultur ist der Ast auf dem wir alle sitzen. Darum investieren wir, mit Hilfe des Konjunkturpaketes II, auch in die Zukunft unserer Museen. Das Ikonenmuseum und die Kunsthalle werden saniert und umgebaut. Wir verbessern damit die Häuser nicht nur funktional, sondern auch optisch und werten sie zugleich in ihrer Beispielbarkeit auf. Das Vestische Museum verkleinern wir und gliedern es als Abteilung dem Stadtarchiv an. Die Aufrechterhaltung der Erinnerungsarbeit für die jüngere Generation ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Darum konzentrieren wir uns auf die Themen Industriegeschichte, Einwanderung und NS-Vergangenheit. Die Ruhrfestspiele und die Neue Philharmonie sind für uns kulturelle Leistungsträger, auf die wir nicht verzichten wollen. Ihre Bedeutung für unsere Stadt ist uns bewusst. Darüber hinaus wollen wir unsere Stadt in ihrer

besonderen Stellung als Kulturstadt der Region stärker nach außen dokumentieren. Kunst soll vermehrt in den Alltag einziehen und selbstverständlicher Teil des Stadtbildes werden. Das Projekt „Kunstmeile“ auf der alten Zechenbahntrasse zwischen Hochlar und dem Zukunftspark Blumenthal an der Herner Straße soll Modellcharakter für die gesamtstädtische Grünzug-Gestaltung bekommen.

Das heute auch eine Entscheidung in Sachen Saalbau vorliegt, ist nicht einem Bauchgefühl geschuldet, sondern dazu brauchten wir belastbare Fakten. Deshalb war der Wettbewerb notwendig. Zum ersten Mal wurde dadurch eine Kostenermittlung für den Bau und für die Unterhaltung erstellt. Jetzt da eine belastbare Beurteilungsgrundlage vorhanden ist, konnten wir auch eine politische Entscheidung treffen: Für eine Sanierung fehlt uns schlicht das Geld. Darüber hinaus lässt sich ein Betriebskonzept ohne einen städtischen Zuschuss nicht darstellen. Das dieses Vorgehen ergebnisoffen in der Koalition vonstattengeht ist in unserer Koalitionsvereinbarung nachzulesen. Dass der Bürgermeister Wolfgang Pantförder für die Rettung des Saalbaus mit großer Leidenschaft und viel Engagement gekämpft hat, verdient dabei unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Diese Koalition hat sich nicht auseinander treiben lassen. Wir haben die Kraft, unpopuläre Entscheidungen durchzuziehen. Wenn die Städte aber von Bund und Land nicht besser ausgestattet werden, werden wir uns in Zukunft von manch weiterer liebgewonnener Einrichtung trennen müssen. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie dann zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit wären. Denn es ist

besser die Stadt entscheidet, an welcher Stelle sie den Gürtel enger schnallen will, als diese Aufgabe irgendwann der Kommunalaufsicht zu überlassen.

Mit unseren vorliegenden Sparanstrengungen bewahren wir nicht nur die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Koalition hat sich vorgenommen, Recklinghausen zu einer kreativen Stadt zu machen, die an den Lösungen für die Probleme unserer Zeit arbeitet. Wir wollen auch unter schwierigen Bedingungen positive Akzente für die Entwicklung unserer Stadt setzen. Das gilt für die kommunale Bildungs-, Sozial- und Jugendlandschaft wie für eine nachhaltige, umweltverträgliche Stadtentwicklung.

Die ersten Schritte dazu wollen wir heute mit unseren gemeinsam von CDU, Grünen und FDP eingebrachten Haushaltsanträgen tun. Wir wollen Politik gestalten.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushaltsentwurf 2010 mit der Einsicht in seine Notwendigkeit zu. Bündnis 90/Die Grünen - eine schmerzhaft